

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **30.08.2018** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

18.WP/Rat/013

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:00 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:02 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzende

Weilert-Penk, Christa

1. stellv. Bürgermeister

Paul, Matthias

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

3. stellv. Bürgermeister

Zschoch, Mirco

Ratsherren/-frauen

Alker, Sonja

Apel, Robert

ab Top 2

Birgin, Gurbet

entschuldigt

Braun, Hartmut

Braun, Jens

Dralle, Karl-Heinz

Dreeskornfeld, Thomas

Fleischmann, Michael

ab Top 4

Frick, Anne

ab Top 4

Gersemann, Christiane

Gottschalk, Niklas

Hinz, Gerald

Kaever, Volkhard, Dr.

Kirstein, Lukas

Knauer, Detlef

Köneke, Klaus

ab Top 4

Lentz, Stefan

Meinig, Birgit

Meyer, Andreas

Morich, Hans-Dieter

Neitzel, Beate

Nijenhof, Rüdiger

Perkun, Katrin

Plaß, Barthold

Pollehn, Armin

Rheinhardt, Michael
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver
Sund, Björn entschuldigt
Wichmann, Christiane

Verwaltung

Fischer, Andreas
Kattler, Sebastian
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 14.06.2018
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Namensgebung IGS Burgdorf
Vorlage: BV 2018 0668
5. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2017
Vorlage: BV 2018 0646
6. 5. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: BV 2018 0662
7. Vorzeitige Entlassung des Ortsbrandmeisters Karsten Leinemann aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: BV 2018 0606
8. Vorzeitige Entlassung des Ortsbrandmeisters Jörg Ehrhardt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: BV 2018 0642
9. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654
10. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665

11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2018 0650
12. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2018 0656
13. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 18:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend gratulierte **Frau Weilert-Penk** allen Geburtstagskindern.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 14.06.2018

Herr Pollehn bat darum den Satz „Weiterhin bat er um Entschuldigung, wenn ihm dies nicht immer gelungen sei.“ unter TOP 3 zu streichen.

Der Rat fasste einstimmig mit zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 14.06.2018 wird mit der oben genannten Änderung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Vierke teilte mit, dass alle Ratsmitglieder zu der 3. Ratsmitgliederkonferenz des Niedersächsischen Städtetags zu den Themen Frühkindliche Bildung, Digitalisierung und Straßenausbaubeiträge am 3. November 2018, 10 bis 15 Uhr, im Forum des Sparkassenverbandes Niedersachsen, Schiffgraben 6-8, 30159 Hannover, eingeladen sind.

4. Namensgebung IGS Burgdorf Vorlage: BV 2018 0668

Frau Weilert-Penk begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die drei Sachverständigen Frau Dr. Rohde, Herrn Heun und Herrn Laack, die im Folgenden jeweils eine Stellungnahme zu der Benennung der IGS Burgdorf nach Rudolf Bembenneck abgeben würden.

Frau Dr. Rohde sprach sich für eine entsprechende Benennung der IGS nach Rudolf Bembenneck aus. Damit würde aus ihrer Sicht sein Engagement für die Erinnerung an die Schicksale der Opfer des Nationalsozialismus in Burgdorf im Arbeitskreis „Gedenkweg 9. November“ gewürdigt und diese wichtige Arbeit fortgesetzt.

Herr Heun erinnerte an Rudolf Bembenneck als einen außergewöhnlichen Menschen, der sich eindrucksvoll für die Opfer des Nationalsozialismus eingesetzt habe. Dies habe sich beispielsweise in seiner Arbeit für die Erinnerung an Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter im Lager Ohio gezeigt. Die Zusammenarbeit Herrn Bembennecks mit Schülerinnen und Schülern der 10. Klasse des Gymnasiums im Rahmen der Ausstellung zu jüdischen Leben in Burgdorf bringen seinen Bezug und seine Bedeutung für den schulischen Bereich Burgdorfs zum Ausdruck. Deshalb sei die Benennung der IGS auch gerechtfertigt.

Herr Laack sprach sich für die Benennung aus. Herr Bembenneck habe sich intensiv für das Gemeinwesen Burgdorfs eingesetzt. Dies äußere sich exemplarisch an der Entwicklung des Aktionsparks im Stadtpark.

Herr Hartmut Braun verdeutlichte die bisherigen Verfahrensschritte sowohl zu der Frage der angemessenen Erinnerung an Herrn Rudolf Bembenneck als auch zur Namensgebung der IGS Burgdorf. Er würdigte die Arbeit im Kulturausschuss und im eigens dafür gegründeten Arbeitskreis.

Herr Hinz dankte der CDU-Fraktion für die Annahme der Entschuldigung bezüglich des Antrages zu Herrn Bembennecks Gedenken. Die Benennung der IGS nach ihm sei richtungsweisend und wichtig um an seine Person zu erinnern, aber auch, um Fehler aus der Vergangenheit zukünftig zu vermeiden.

Frau Wichmann merkte an, dass es sinnvoll gewesen wäre, die Schülerinnen und Schüler der IGS in den Prozess der Namensgebung miteinzubeziehen. Darüber hinaus hätte sie sich eine andere Erinnerungsform an Rudolf Bembenneck zum Beispiel in Form eines Baumhains gewünscht.

Auf Nachfrage bestätigte der anwesende Schulleiter der IGS, Herr Alker, dass in dem für die Namensgebung zuständigen Schulvorstand auch Schülerinnen und Schüler vertreten sind.

Herr Pollehn verwies auf die Aktualität der Erinnerung an die Gräueltaten des NS-Regimes hinsichtlich der Übergriffe auf Menschen anderer Herkunft, wie sie derzeit in Chemnitz passierten. Es wäre aber sinnvoll gewesen, die Benennung der IGS nachträglich in den Antrag zum Gedenken an Rudolf Bembenneck mit aufzunehmen. Darüber hinaus habe er sich mehr Transparenz für das gesamte Verfahren gewünscht. Ebenso distanzieren sich seine Fraktion von jeglichen Diffamierungen des Verstorbenen, die derzeit in der Öffentlichkeit kursierten.

Herr Fleischmann teilte mit, dass er die Benennung der IGS nach Rudolf Bembenneck befürworte. Damit würde ein Zeichen für Menschenwürde, Tole-

ranz und Nächstenliebe gesetzt. Diese Werte gelte es außerdem der momentanen dunklen Stimmungsmache vom rechten politischen Rand entgegenzusetzen.

Herr Sieke erklärte, dass er eine Erinnerung an Herrn Bembeneck im Rahmen des Millionengrabes IGS für unangebracht halte.

Herr Nijenhof machte deutlich, dass durch die Benennung der IGS nach Rudolf Bembeneck der Schule ein Selbstbild verliehen würde, das Orientierung biete.

Herr Schulz dankte den Sachverständigen für ihre Ausführungen.

Der Rat fasste bei 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die IGS Burgdorf führt den Namen „Rudolf-Bembeneck-Schule“.

**5. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2017
Vorlage: BV 2018 0646**

Frau Wichmann, Herr Baxmann, Herr Hinz und Herr Apel verließen aufgrund ihres Mitwirkungsverbotes den Ratssaal.

Herr Kirstein erklärte, dass die Stadtparkasse ein wichtiger Bestandteil Burgdorfs sei.

Herr Fleischmann teilte mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, weil der Verwaltungsrat die hohen Zinssätze der Sparkasse zuließe.

Herr Pollehn machte deutlich, dass er dankbar sei, dass es in Burgdorf möglich sei, eine Stadtparkasse selbständig zu führen. Er dankte dem Vorstand und den Mitarbeitern für ihre Arbeit.

Herr Morich kritisierte Herrn Fleischmanns Ablehnung der Beschlussvorschläge. Die Stadtparkasse sei ein wichtiger Faktor für den hiesigen Arbeitsmarkt und biete sichere Arbeitsplätze.

Herr Fleischmann erklärte, dass ihm die Sparkasse auch am Herzen liege. Die Zinssätze seien aber nicht kundenfreundlich. Mit geringeren Sätzen könnten seiner Ansicht nach mehr Kunden gewonnen werden.

Herr Schrader kritisierte Herr Fleischmanns fehlende Beweise bezüglich der Auswirkung der Senkung der Zinssätze auf die Kundengewinnung.

Der Rat fasste bei 29 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2017 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

**6. 5. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: BV 2018 0662**

Herr Nijenhof erklärte, dass es nicht darum ginge, den Spielern das Geld wegzunehmen, sondern lediglich darum, etwas vom Erlös der Spielotheken-Betreiber zu besteuern.

Herr Sieke machte deutlich, dass seiner Meinung nach die Spielsucht zu wenig beachtet werde. Die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer sollten zur Suchtprävention eingesetzt werden.

Herr Hinz verwies darauf, dass Steuern nie zweckgebunden seien, sondern auch eine lenkende Wirkung haben. Er sprach sich für die vorgeschlagene Änderung der Vergnügungssteuersatzung aus.

Herr Fleischmann teilte seine Abneigung gegenüber Spielhöllen mit. Er könne einer Vergnügungssteuer nicht zustimmen. Diese sei lediglich als Reaktion auf das Haushaltssicherungskonzept zu sehen. Hier seien in der Vergangenheit Entscheidungen für Prestigeprojekte wie den IGS-Neubau getroffen worden, die er nicht mittragen könne und die zu einer Verschuldung Burgdorfs geführt haben beziehungsweise noch führen werden.

Frau Wichmann verwies darauf, dass die Erhöhung der Vergnügungssteuer zu niedrig sei, um den zukünftigen Herausforderungen der Kommune gerecht zu werden. Eine Steuer sei zudem wenig hilfreich um Süchten entgegenzuwirken. Vielmehr gelte es, die Öffnungszeiten der Spielhallen einzugrenzen.

Herr Baxmann machte deutlich, dass weder Suchtbekämpfung noch Gewerbesteuer Gegenstand der Diskussion um die Erhöhung der Vergnügungssteuer seien. Es ginge lediglich darum, einen Teil der Einnahmen der Spielhallenbetreiber für die Bewältigung öffentlichen Aufgaben abzuführen.

Der Rat fasste bei 27 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 1 der Vorlage BV 2018 0662 sowie der Originalniederschrift als Anlage A beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung wird beschlossen.

**7. Vorzeitige Entlassung des Ortsbrandmeisters Karsten Leinemann aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: BV 2018 0606**

Herr Nijenhof äußerte den Wunsch, dass die Feuerwehr schnell kompetenten Ersatz für die ausscheidenden Brandmeister finde.

Herr Pollehn verwies auf die Schwierigkeiten bei der Nachfolgesuche. Er versicherte aber, dass dies schnellstmöglich geschehen solle.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Entlassung von Herrn Karsten Leinemann mit Wirkung zum 30.09.2018 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Weferlingsen der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf.

- 8. Vorzeitige Entlassung des Ortsbrandmeisters Jörg Ehrhardt aus dem Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: BV 2018 0642**
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Entlassung von Herrn Jörg Ehrhardt mit Wirkung zum 31.08.2018 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Hülptingsen der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf.

- 9. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018
Vorlage: A 2018 0654**
-

Herr Dreeskornfeld erläuterte seinen Antrag.

Herr Baxmann stimmte Herrn Dreeskornfeld zu, dass die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch die Beiträge für den Straßenbau nicht gerecht seien. Er bezweifle aber, dass die Alternativen eine bessere Lösung darstellten. Deshalb gelte es, mögliche Änderungen vor einer entsprechenden Entscheidung genau zu prüfen. Die geplante Entlastung von Seiten des Landes halte er für positiv. Aus diesem Grund sollte abgewartet werden, wie das Land sich nun endgültig entscheide. Die genannte Summe von 20 bis 30 Millionen halte er für illusorisch. Vielmehr gebe er zu bedenken, dass bei finanzieller Unterstützung durch das Land auch die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger steigen würden.

Herr Pollehn verwies darauf, dass eine intensive Beratung bezüglich des Antrags wichtig sei. Von einer Erhöhung der Grundsteuer rate er ab, da es sonst Probleme bei der Genehmigung des Haushaltes geben könnte.

Herr Baxmann schlug vor, einen Fachanwalt zu Rate zu ziehen.

Herr Schulz erklärte, dass im Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten bereits entschieden worden sei, einen Fachanwalt hinzuzuziehen sowie eine Bürgerversammlung einzuberufen.

Herr Baxmann brachte der Vorschlag ein, über den Antrag bei einem gemeinsamen Termin des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten und des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr zu beraten und hierzu die Bürgerinnen und Bürger sowie die Presse einzuladen.

Herr Jens Braun regte an, die Entscheidung auf Landesebene abzuwarten. Zwei Drittel der Kommunen in Niedersachsen würden wie Burgdorf einen Beitrag für den Straßenbau erheben. Herrn Dreeskornfelds Kritik an der gängigen Praxis sei wenig überzeugend.

Herr Baxmann erklärte, dass bisher alle Bürgerinnen und Bürger den Beitrag haben bezahlen können. Sollten diese Probleme bei der Bezahlung haben, stünde die Stadt unterstützend zur Seite.

Herr Pollehn regte an, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 in die Ausschüsse für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten sowie für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr zu überweisen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag der FDP „Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung“ Vorlage 2018 0654 wird in die Ausschüsse für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten sowie für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr überwiesen.

**10. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018
Vorlage: A 2018 0665**

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag.

Herr Baxmann kritisierte Herrn Fleischmanns Forderung nach einer ersatzlosen Streichung der Straßenausbaubeiträge. Dies sei aufgrund der notwendigen Einnahmen für die Bewältigung städtischer Aufgaben nicht möglich.

Herr Fleischmann plädierte für eine Überweisung seines Antrags in die Ausschüsse für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten sowie für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr. Er sprach sich gegen eine „Luxussanierung“ der Straßen aus. Dies entspräche nicht den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Knauer teilte mit, dass er gegen den Antrag von Herrn Fleischmann stimme werde. Er könne dessen Ausführungen nicht nachvollziehen und mittragen.

Frau Wichmann dankte Herrn Fleischmann für seine sachliche Gesprächsführung.

Herr Nijenhof sprach sich für eine rechtliche Klärung des Sachverhalts vor einer Überweisung in die Ausschüsse aus.

Der Rat fasste bei 32 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Antrag von Herrn Fleischmann, DIE LINKE „Straßenausbaubeiträge

ge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer“ Vorlage 2018 0665 wird in die Ausschüsse für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten sowie für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr überwiesen.

**11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung (Teileinrichtung)
Vorlage: BV 2018 0650**

Der Rat fasste mit 32 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Aufwand für die selbstständig nutzbare Teileinrichtung „Oberflächenentwässerung“ für die Ausbauanlage „Höhenweg“ gesondert zu ermitteln.

**12. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2018 0656**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- Sachzuwendungen in Höhe von ca. 5.520 € in Form einer Atemschutznotfalltasche inkl. Inhalt, eines Gasmessgerätes, eines C-Absperrventils inkl. Sicherung, eines TNT-Tools, von vier Euro-Blitzleuchten inkl. Ladeerhaltung (für MTW), von sechs Verkehrsleitkegeln (für MTW), eines Hydroschildes B, zweier Dunghacken, eines Netzaufbewahrungssystems für Atemschutzmasken, einer Werkzeugkiste nach DIN (für LF) und einer Durchsageeinheit (für LF) vom Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Hülptingsen.

13. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

-

Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender

Protokollführer